

Joachim Becker

Transformation, soziale Unsicherheit und der Aufstieg der Nationalkonservativen Kontrastrfälle aus Zentralosteuropa

Nach den letzten Wahlen hielten nationalkonservative, teils auch rechtsextreme Parteien Einzug in die Regierungen Polens und der Slowakei. Die gegenwärtige polnische Regierung lässt sich insgesamt als nationalkonservativ bezeichnen. Zentrale Kennzeichen des aktuellen Nationalkonservatismus sind die Verbindung liberaler wirtschaftspolitischer Vorstellungen mit der Betonung von Nation und patriarchaler Familie als hierarchisch aufgefassten Solidargemeinschaften. In der Slowakei bezeichnet sich die Hauptregierungspartei, *Smer*, zwar als sozialdemokratisch, doch ist sie ein Bündnis mit der zwischen Nationalkonservatismus und Nationalliberalismus schwankenden HZDS (*Hnutie za demokratické Slovensko*) und der rechtsextremen SNS (*Slovenská národná strana*) eingegangen und hat in ihren Law and Order-Vorstellungen durchaus Affinitäten zu ihren Regierungspartnern.

Die Regierungswechsel zeigen die abnehmende Bindungskraft des liberalen Lagers an. Dieses sucht vor allem die aktive Unterstützung der Mittelklasse (Holubec 2006: 18). Eine gewisse Bindung der subalternen Klassen an das liberale Modell schaffen Konsumversprechen. Die aktive politische Unterstützung dieser Klassen wird aber nicht gesucht. Eher geht es darum, sie in die Resignation zu drängen. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Kommerzialisierung der Sozialversicherung wirken über die Schaffung von Unsicherheit disziplinierend. Doch macht die Unsicherheit nicht Halt bei den subalternen Klassen, sie betrifft auch große Teile der Mittelklasse. In einem Aufsatzwettbewerb zum Großstadtleben der polnischen Zeitschrift *Krytyka polityczna* für StudentInnen und junge HochschulabsolventInnen, die aus der Provinz nach Warschau gezogen waren, wurde das Unbehagen über die gesellschaftliche Unsicherheit sehr deutlich. „Es liegt ihnen vor allem an Sicherheit und ruhigem Leben“, resümiert Adam Leszczyński (2005: 77) den Tenor der Beiträge. Mittelklasseängste vor Unsicherheit griffen die nationalkonservativen Parteien und *Smer* im Wahlkampf auf (Marušiak 2006). Die polnische *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) – auf Deutsch Recht und Gerechtigkeit – führte das „solidarische“ gegen das „liberale“ Polen ins Feld. Das Versprechen von Sicherheit – gegen die Unord-

nung der Transformationsperiode, gegen die Korruption, gegen die drohende Auflösung der „traditionellen“ Familien, gegen die Bedrohung durch Minderheiten – war der Hauptwahlkampfschlager des nationalkonservativen Lagers und – mit Einschränkungen – auch von *Smer*. Die Arbeiterschaft und die marginalisierten Bevölkerungsgruppen spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle – es sei denn als Schreckgespenst der Unordnung, wie im Fall der Roma in der Slowakei. „Linke“ Themen wie soziale Gerechtigkeit wurden von der Rechten besetzt.

Allerdings gilt das nicht für das gesamte Zentralosteuropa. Der tschechische Fall stellt sich anders dar. In den Wahlen kam es zu einem Patt zwischen rechten und linken Parteien (Sozialdemokratie und KommunistInnen). Nationalkonservative Kräfte spielten dort keine nennenswerte Rolle. Soziale Ungleichheit und Unsicherheit sind weit geringer ausgeprägt.

Der vorliegende Beitrag will der Frage nachgehen, wie diese Unterschiede im Hinblick auf die aktuelle politische und gesellschaftliche Konstellation in Polen und der Slowakei einerseits und der Tschechischen Republik andererseits zu erklären sind. Warum im polnischen und slowakischen Fall nationalkonservative Kräfte das Erbe der explizit liberalen Kräfte antreten, während in der Tschechischen Republik die Linke mit den explizit liberalen Kräften konkurriert. Zur Beantwortung dieser Frage sind einerseits die Transformationsstrategien in diesen Ländern und das von ihnen produzierte Maß an Ungleichheit und Unsicherheit und andererseits die Rolle sich als progressiv verstehender politischer Kräfte in dem Transformationsprozess zu untersuchen.

1. Erste Phase der Transformation: abhängiger versus nationaler Kapitalismus

Polen

Abhängig von der Art der internationalen Einbindung und der inneren Kräftekonstellation bildeten sich in der ersten Phase der Transformation (bis ca. 1997/98) unterschiedliche Entwicklungsmodelle heraus. Das polnische Modell lässt sich in Anlehnung an Cardoso und Faletto (1976) als Form abhängiger Entwicklung bezeichnen. Es setzte von Beginn auf Auslandskapital als die zentrale Kraft der Akkumulation, wenngleich mit einer Abschwächung dieser Tendenz in den Jahren 1993-1997 (Bohle 2002: 150ff.). Auch Elemente einer strukturellen Heterogenität lassen sich in Polen erkennen, wenngleich nicht so ausgeprägt wie in Lateinamerika in den 1960er Jahren. In der Tschechoslowakei – und später in der Tschechischen Republik und der Slowakei – wurde hingegen versucht, ein „nationales“ Kapital zu etablieren (Mertlík 1999, Polák 2004). Die Entwicklung war auch hier außenorientiert, aber mit einem Kern inländischen Kapitals. Ziel war es, eine „innere Bourgeoisie“ im Sinne Poulantzas (1977: 37ff.) zu schaffen.

Die polnische Entwicklung wurde ungleich stärker von außen konditioniert als die tschechoslowakische. Infolge der staatssozialistischen Verschuldungspolitik der Gierek-Ära in den 70er Jahren war Polen zu Beginn der 90er Jahre hoch im Ausland verschuldet. Dies ermöglichte dem Internationalen Währungsfonds und den westlichen Gläubigern einen direkten Einfluss auf die Transformationspolitik zu nehmen (Bohle 2002: 117ff.). Gleichzeitig hatte die neue liberale Regierungsgarnitur einen großen Vertrauensvorsprung. Sie rekrutierte sich zu einem erheblichen Teil aus früheren Solidarność-Beratern. Diese hatten sich – mit einigen Ausnahmen wie Bugaj, Modzelewski oder Kowalik – entsprechend der veränderten internationalen Konjunktur von ihren früher auch wirtschaftlich eher linken Anschauungen ab- und liberalen Positionen zugewandt (Skórzyński 2005: 129ff., 241ff., Ost 2005: 55ff.). Den liberalen PolitikerInnen gelang es, die Solidarność-Gewerkschaften auf ihre wirtschaftspolitische Linie zu verpflichten. Angesichts der großen sozialen Härten, welche die extrem restriktive Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik mit sich brachte, beruhigte Solidarność unzufriedene Belegschaften. Sie suchte die Unzufriedenheit auf „rote Bosse“ abzulenken. Eines ihrer zentralen Anliegen war, Privatisierungen zugunsten der früheren Nomenklatura und der bisherigen Manager zu verhindern. Das gelang ihr zumindest teilweise (Ost 2005: Kap. 3). Nicht die liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik war im Lager der Post-Solidarność-Parteien umstritten, sondern der ursprüngliche Kompromiss mit der damaligen Staatspartei *Polska Zjednoczona Partia Robotniczna* (PZPR) am Runden Tisch und das Verhältnis zur aus der PZPR hervorgehenden SLD (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*). Der eher nationalkonservative Teil der Post-Solidarność-Lagers stand dem Kompromiss mit der angeblich vaterlandsfeindlichen PZPR zumindest skeptisch gegenüber (Ost 2005: 106ff., Śpiewak 2005: 32, Krasnodębski 2005: 232ff.). Die nationalkonservativen Kräfte hatten die vergleichsweise engeren Verbindungen zu den Solidarność-Gewerkschaften. Die liberalen Intellektuellen, die in den 80er Jahren Solidarność beraten hatten, sahen hingegen in unzufriedenen Arbeitern und plebejischen Massen eine potentielle gesellschaftliche Bedrohung ihrer radikal-liberalen Transformationspolitik und in den nationalen Kräften eine politisch-ideologische Gefahr für ihr EU-orientiertes Staatsprojekt (Michnik 2005: 238ff., Śpiewak 2005: 50, 65, Krasnodębski 2005: 61).

Angesichts der Feindseligkeit des Post-Solidarność-Lagers wandte sich ein Teil des Managements aus staatssozialistischen Tagen der postkommunistischen SLD zu, die sich einen sozialdemokratischen Zuschnitt zu geben versuchte. Die SLD versuchte den Spagat zwischen den Anliegen der ehemals „roten“ Manager und der Schaffung bzw. Bewahrung einer sozialen Basis unter den Lohnabhängigen. Einen ähnlichen Spagat machten die meisten transformierten Staatsparteien (Hloušek/Kropeček 2002). Dies implizierte eine sozial- und wirtschaftspolitische Ambivalenz. In ihrer Kritik am Transformationskurs wa-

ren die postkommunistischen Parteien außerdem auch deswegen zurückhaltend, weil sie Akzeptanz bei den politisch maßgeblichen Kräften in Westeuropa und den USA, welche die liberale Transformationspolitik – wenn auch mit unterschiedlichen Nuancierungen – guthießen, gewinnen wollten (Kyloušek 2005: 220f.). Trotz ihrer Ambivalenz und der Last ihrer Vergangenheit konnte die SLD aus der Unzufriedenheit mit den Post-Solidarność-Parteien und vor allem deren Zersplitterung soweit Nutzen ziehen, dass sie 1993 mit einem Wahlergebnis von 20,4% zusammen mit der bäuerlichen PSL (*Polskie Stronnictwo Ludowe*) die Regierung bilden konnte. In dieser ersten Amtszeit gelang der SLD der Spagat zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften noch recht gut. Die ehemals „roten Manager“ wurden durch eine Politik bedient, welche auf den Aufbau einer einheimischen Bourgeoisie speziell um die staatlichen Banken herum zielte (Bohle 2002: 150ff.). In dieser Hinsicht schwächte die SLD-geführte Regierung die einseitige Orientierung auf das Auslandskapital ab. Den Lohnabhängigen kam sie durch eine gewerkschaftsfreundlichere Politik entgegen, um ihre Legitimität in der Bevölkerung zu stärken (Ost 2005: 78ff.). Man könnte die Regierungspraxis der SLD in den Jahren 1993-97 als sozialliberal kennzeichnen. Gegen Ende der Amtszeit wurde die liberale Akzentuierung deutlicher. Bereits die SLD-Regierung leitete die Kommerzialisierung der Alterssicherung ein (Rymsza 2002: 254).

Tschechische Republik und Slowakei

In der Tschechoslowakei war die äußere und innere politische Konstellation spiegelverkehrt. Die ČSSR hatte sich nicht im Ausland hoch verschuldet, von daher spielten westliche Finanzinstitutionen in der Transformation zunächst keine maßgebliche Rolle. Hingegen war die soziale Verankerung der neuen politischen Kräfte schwächer. Hier hatte es keine der Solidarność vergleichbare regimekritische Volksbewegung gegeben. Die DissidentInnen waren kleine, eher isolierte Gruppen gewesen. In den tschechischen Landesteilen hatten sie ein breites politisches Spektrum abgedeckt, in der Slowakei rekrutierten sie sich weitgehend aus dem politischen Katholizismus (Blažek 2005). Nur sehr wenigen DissidentInnen gelang es, sich dauerhaft politisch – meist im liberalen Lager – zu etablieren. Aber auch die reformsozialistischen ProtagonistInnen des „Prager Frühlings“ kamen nicht wirklich zum Zuge (Měchyř 1999: 7). Vielfach rekrutierte sich das neue politische Führungspersonal aus jenen, die sich mit den Verhältnissen der „Normalisierung“ nach 1969 arrangiert hatten. Sie erklärten nun, sie hätten schon 1968/69 verstanden, dass der Sozialismus nicht reformierbar sei und sich daher auch nicht weiter für Reformen engagiert. Aus den breiten Bündnissen nach dem Umsturz kristallisierten sich Anfang der 90er Jahre die *Občanská demokratická strana* (ODS) im tschechischen Landesteil und die HZDS in der Slowakei als die dominanten Parteien heraus.

Die ODS gab sich eher nationalliberal, die HZDS eher nationalkonservativ. Beiden ging es um den Aufbau eines nationalen Kapitals. Beide Parteien führten letztlich die Spaltung der Tschechoslowakei herbei (Srb/Veselý 2004). Diese erfolgte vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich und sozial auseinanderlaufenden Entwicklung. Die liberale Politik der Prager Regierung zeitigte in der Slowakei wirtschaftlich und sozial deutlich größere Härten als im tschechischen Landesteil (Dědek et al. 1997). Dies verstärkte autonomistische Bestrebungen in der Slowakei. Im tschechischen Landesteil wurde die Slowakei zum Teil als wirtschaftliche Last empfunden. Sowohl die ODS als auch die HZDS waren am unmittelbaren Zugriff auf den Prozess der ursprünglichen Akkumulation interessiert. Nach der Trennung verfolgten sie, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, das Ziel der Stärkung eines nationalen Kapitals. In der Slowakei verkauften die HZDS-geführten Regierungen Unternehmen direkt und günstig an Parteifreunde, während in der Tschechischen Republik die immer noch staatlichen Banken das nationale Kapital fördern sollten (Žiak 1998: Kap. 3, Mertlík 1999: 205ff.). In beiden Ländern suchten die rechtsorientierten Regierungen einen eher breiten, materiell abgestützten sozialen Konsens (Machonin et al. 1996). Die sozialen Folgen der liberalen Transformation wurden in der Tschechischen Republik durch eine Vollbeschäftigungspolitik, in der Slowakei durch billige Dienstleistungen und in beiden Fällen durch Maßnahmen der Sozialpolitik abgefedert. Auch politisch gab es Formen der sozialen Konzertierung.

Die sich progressiv verstehenden Parteien standen in beiden Ländern zunächst am Rande. Allerdings verlief die Entwicklung der politischen Linken in beiden Ländern sehr unterschiedlich. In der Slowakei, in der die Normalisierung nach 1969 etwas weniger drastisch als in den tschechischen Landesteilen durchgesetzt worden war, transformierte sich die vormalige Staatspartei KSS (*Komunistická strana Slovenska*) ähnlich wie die polnische PZPR in eine sozialliberale Formation, die SDL (*Strana demokratickej ľavice*). Sie war allerdings weniger eng mit den Managern der staatlichen Betriebe verbunden, die sich eher auf die HZDS orientierten (Žiak 1998: 186). Außerdem ließ ihr die HZDS durch die soziale Abfederung ihrer Politik weit geringeren Spielraum als die Post-Solidarność-Parteien der SLD in Polen (Polák 2004: 73f.). Neben der SDL wurde die KSS aus dem harten Kern der Normalisierungskader neugegründet. Sie war jedoch im ersten Jahrzehnt der slowakischen Unabhängigkeit bedeutungslos. Die Kommunistische Partei des tschechischen Landesteiles wurde hingegen nicht umgegründet. Zwar gab es auch hier reformistische Bestrebungen, doch blieb die Partei weit stärker in orthodoxen Begrifflichkeiten verhaftet. Die Parteibasis setzte durch, dass das K für kommunistisch im Parteinaamen erhalten blieb (Fiala et al. 1999: 106ff., Mareš 2005: 131f.). Politisch verband die KSCM (*Komunistická strana Čech a Moravy*) soziale Positionen mit einer eher nationalistischen Politik der Abgrenzung gegenüber der BRD und

der EU. Einen Teil der mit der Transformation Unzufriedenen vermochte die KSČM an sich zu binden. Sie wurde vor allem von Personen mittleren Alters mit Hauptschulabschluss oder mittlerer Bildung und unterdurchschnittlichem Einkommen gewählt (Fiala et al. 1999: 189) – mit diesem eher eindeutigen Klassenprofil unterschied sich die KSČM sowohl von der slowakischen SDL wie auch der polnischen SLD. Neben der KSČM wurde 1989 die ČSSD (*Česká strana sociálně demokratická*) aus der sozialdemokratischen Tradition der Zwischenkriegszeit heraus wieder gegründet. Ein Teil ihrer Gründungsmitglieder kam aus Dissidentenkreisen, zu ihnen stießen reformsozialistische Anhänger des Prager Frühlings, die nach 1968 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden waren (Mareš 2002: 132). Im Gegensatz zu den sozial-liberal transformierten Staatsparteien konnte die ČSSD nicht auf einen eingespielten Parteiapparat zurückgreifen. Sie schaffte 1992 nur mit Mühe den Einzug ins Parlament. In den nächsten vier Jahren vermochte sie sich jedoch gegen die orthodox ausgerichtete KSČM als zweite linke Kraft zu profilieren. Einige prominente AnhängerInnen des eher reformistischen KSČM-Flügels traten zur Sozialdemokratie über. Allerdings konnte sich auch die KSČM, die sich auf eine starke Verankerung in den tschechisch-mährischen Ländern stützen kann (Rupnik 2002), konsolidieren. Damit ist die Tschechische Republik das einzige osteuropäische Land, in dem zwei linke Parteien miteinander konkurrieren. Dies sollte der liberalen Transformation der tschechischen Sozialdemokratie Grenzen setzen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der ersten Phase der Transformation signifikante Unterschiede in der Transformationsstrategie und den Handlungsmöglichkeiten der sich als progressiv verstehenden Parteien festzustellen sind. In Polen erfolgte im Kontext eines starken Einflusses internationaler Finanzinstitutionen und einer Regierung mit hoher Legitimität eine radikale Strategie wirtschaftlicher Transformation. Deren sozialen Folgen, aber auch die starke Zersplitterung der Rechtsparteien ermöglichten der postkommunistischen SLD schon 1993 eine dominante Regierungsbeteiligung, welche eine leichte Verschiebung der wirtschafts- und sozialpolitischen Akzente nach sich zog. In der Tschechoslowakei und ihren Nachfolgestaaten waren hingegen die äußeren Handlungsspielräume deutlich größer, die soziale Verankerung der Träger der neuen Regierung hingegen schwächer als in Polen. Hier setzten die Rechtsparteien auf den Aufbau einer nationalen Bourgeoisie und suchten einen sozialen Konsens für ihre Transformationspolitik. Dies ließ den sich progressiv verstehenden Parteien zunächst nur geringe Spielräume. Das gilt speziell für die Slowakei mit ihrer eher schwachen sozialdemokratischen Tradition, wo die HZDS ärmere Bevölkerungsgruppen recht eng an sich binden konnte. In der Tschechischen Republik etablierten sich hingegen zwei Linksparteien, die in Konkurrenz zu einander traten, was ein ausgeprägteres linkes Profil dieser Parteien nach sich zog.

2. Zweite Phase der Transformation: Euro-Liberalismus und abhängige Entwicklung

Eine erste Annäherung der osteuropäischen Staaten an die EU erfolgte bereits Anfang der 90er Jahre. Bei der Aushandlung von Abkommen mit der EU mussten osteuropäische Regierungen die Erfahrung machen, dass die EU in den Handelsabkommen eine asymmetrische Öffnung zu ihren Gunsten durchsetzte. Daraufhin orientierten sie sich zunehmend auf eine Vollmitgliedschaft in der EU (Vachudova 2005: 85ff.). In der EU gab es im Hinblick auf eine Osterweiterung zunächst erhebliche Vorbehalte. Mit der Zeit setzten sich jedoch die Parteigänger einer Integration der osteuropäischen Länder durch. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gab der EU starke Hebel in die Hand, um eine weitere Gestaltung der Transformation in ihrem Sinne durchzusetzen (ibid.: Kap. 7). Vorrangiges Ziel der EU-Kommission war die rückhaltlose Öffnung Osteuropas für westeuropäisches Kapital. Auch auf die institutionelle Ausgestaltung künftiger Regulierungen nahm sie maßgeblichen Einfluss. Im Gegensatz zur Süderweiterung in den 80er Jahren waren großzügige Übergangsregelungen, die eine Anpassung an den *Acquis Communautaire* erleichtern würden, nicht vorgesehen. Damit wurden die osteuropäischen Staaten auf einen Weg abhängiger Entwicklung gedrängt, bei welcher das transnationale – speziell westeuropäische – Kapital der Motor sein sollte (Becker 2004: 9ff.). Es gab relevante wirtschaftliche und politische Kräfte in Osteuropa, die sich auf eine solche Lösung einlassen wollten; primär war dies eine entstehende abhängige Bourgeoisie. In ihrer Orientierung auf eine Westintegration konnte sie jedoch auf die Unterstützung relativ breiter Bevölkerungskreise bauen, die mit der EU ein Prosperitätsversprechen verbanden. Die Unterstützung der EU gab ihnen außerdem innenpolitisch Schützenhilfe gegen diejenigen, die eine nationale Bourgeoisie schaffen wollten.

In eine ähnliche Richtung wie die EU wirkten internationale Organisationen wie die Weltbank oder die OECD. Sie bearbeiteten auch Felder, in denen die EU nicht sehr stark initiativ wurde, wie die Kommerzialisierung der Sozialpolitik. Zunehmende Bedeutung gewannen zudem liberale Think-Tanks. Da die Sozialstruktur und die politischen Strategien in Osteuropa ziemlich im Fluss waren und zum Zeitpunkt der Systemwende oftmals keine ausgearbeiteten strategischen Konzepte vorlagen, konnten kleine, strategisch agierende Gruppen einen maßgeblichen politischen Einfluss gewinnen. In bestimmten Konstellationen waren dies NGOs, die sowohl auf die veröffentlichte Meinung als auch auf die staatliche Politik Einfluss nehmen konnten. Sie wurden meist aus ausländischen Quellen (US-Stiftungen, bundesdeutschen Parteistiftungen, der EU) gespeist. Der westliche Einfluss war nicht auf die Finanzierung beschränkt. So konstatiert der tschechische Analytiker Jiří Schneider (2003: 43): „Die bestehenden Think-Tanks in Osteuropa sind eher Instrumente zur insti-

tutionellen Unterstützung der Übertragung öffentlicher Politiken (policy transfer) und des sich entwickelnden Regierungssystems als autonome Elemente verschiedener Phasen des Politikzyklus. Krastev spricht daher wörtlich von Imitierung (politics of imitation).“ Die Vorbilder waren und sind liberal, wenngleich mit unterschiedlichen Schattierungen. Während US-Stiftungen die angelsächsische Variante des Kapitals propagierten, befürworteten bundesdeutsche Stiftungen eher einen wettbewerbsorientierten Neo-Korporatismus, wobei die US-Variante häufig dominierte. Besonders stark war der Einfluss US-finanzierter, liberaler Think-Tanks nach 1998 in der Slowakei. Außenfinanzierte NGOs spielten eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung gegen die HZDS Vladimír Mečiar. Nach dem Regierungswechsel rückten VertreterInnen der Think-Tanks direkt in höchste Regierungsgremien auf (Schneider 2003: 68). Auch hier gilt, dass die Think-Tanks nicht nur im Interesse des Auslandskapitals, sondern ebenso einheimischer Kapitalgruppen wirkten. So schalteten sich mit den neuen liberalen Regierungsparteien liierte slowakische Finanzgruppen (vor allem Penta und J&T) in den von den Think-Tanks propagierten und vorbereiteten Privatisierungsprozess ein. Bei großen Infrastrukturprojekten boten sie im Konsortium mit ausländischen Interessenten, bei der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens eigneten sie sich eigenständig dessen Filetstücke an.

In der Tschechischen Republik und der Slowakei gewann die äußere ökonomische Beschränkung 1997/98 an Bedeutung. Das Leistungsbilanzdefizit stieg in Folge der Außenöffnung und tendenziell überbewerteter Wechselkurse stark an – in der Slowakei auf um die 10% des BIP zwischen 1996 und 1998, auf gut 7% des BIP in der Tschechischen Republik 1996/97 (Morvay et al. 2005: Abb. 1.11). In der Tschechischen Republik wackelte in dieser Zeit auch der Finanzsektor, so dass es zu einer kleineren Finanzkrise kam. Danach konnten die Banken nicht mehr als Zentrum einer Strategie zur Förderung des nationalen Kapitals dienen. In der Slowakei erfolgte eine Abwertung und eine restriktive Wirtschaftspolitik noch vor einer offenen Wechselkurskrise. In beiden Fällen war jedoch das hohe Leistungsbilanzdefizit die offene Flanke bei der nationalkapitalistischen Strategie.

Alle diese Faktoren engten die Spielräume für eine relativ eigenständige Transformationsstrategie ein. Tatsächlich kann man in allen drei Ländern ab 1998 ein Umschwenken auf eine Transformations- und Wachstumsstrategie feststellen, welche im Auslandskapital den Wachstumsmotor sah. Allerdings gab es im Detail durchaus relevante Unterschiede und Nuancierungen. Diese hingen von den jeweiligen Kräfteverhältnissen und politischen Strategien ab.

Polen

Die polnische Rechte zog aus ihrer Wahlniederlage im Jahr 1993 Konsequenzen und trat 1997 – nicht zuletzt auf Initiative der Solidarność-Gewerkschaft

ten – als ein breites Bündnis, genannt *Akcja Wyborza Solidarności* (AWS), an. Gemeinsam mit der liberalen *Unia Wolności* (UW), der intellektuell dominanten Kraft der ersten Transformationsjahre, bildete sie 1997 die Regierung. Deren Regierungszeit „war“, so Kośmicki (2006: 36, vgl. auch Bohle 2002: Kap. 7), „durch die Übergabe der wichtigsten Gruppen und Unternehmen des polnischen Staatskapitalismus in private, meist ausländische Hände gekennzeichnet.“ Der Privatisierungsplan umfasste 1.800 Unternehmen mit etwa 35% der Beschäftigten (Kośmicki 2006: 37). Bestehende staatliche Infrastrukturmonopole wurden zerlegt und verkauft. Ermutigt von Weltbank und OECD trieb die Regierung auch die Privatisierung und Kommerzialisierung der Rentenversicherung voran, die privaten Finanzgruppen ein neues Betätigungsfeld eröffnete (Rymysza 2002). Besonders negativ wurde in der Bevölkerung die Umstrukturierung des Gesundheitswesens aufgenommen. Außenpolitisch genossen NATO- und EU-Beitritt höchste Priorität. Wenngleich AWS und UW mit den liberalen Transformationsvorstellungen der EU-Kommission grundsätzlich konform gingen, so gab es bei der AWS doch Skepsis in Bezug auf die supranationalen Elemente des europäischen Integrationsprozesses und den Verlust an Souveränität (Madera 2003). Insofern war die Haltung der AWS zu europäischen Integrationsprozess nicht frei von Ambivalenzen.

Die liberalen Gegenreformen erwiesen sich nicht als populär. Angesichts abnehmenden Rückhalts in der Bevölkerung zeichneten sich im Regierungslager Auflösungserscheinungen ab. Bei den Wahlen im Jahr 2001 schafften die UW und der Restbestand der AWS nicht mehr den Sprung ins Parlament. Hingegen gelangten Abspaltungen aus diesen Gruppierungen, die nationalliberalen *Platforma Obywatelska* (PO) und die eher nationalkonservative *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) ins Parlament. Schutz vor Unsicherheit versprach auch die ultrakatholische und nationalistische *Liga Polskich Rodzin* (LPR). Einerseits trat die LPR äußerst aggressiv für den Schutz der „traditionellen“, d.h. patriarchalischen, Familie ein und gewann dabei überdurchschnittlich viele Stimmen von Frauen (2001 ein Stimmenanteil von 8,5% bei den Frauen und nur 4,7% bei den Männern, Raciborski 2003: 227, Tab. 6), andererseits vertrat die LPR eine nationalistische und etatistische Wirtschaftspolitik zum Nutzen des kleinen und mittleren Kapitals (Dančák 2002: 302, Raciborski 2003: 217). Sie gewann vor allem in kleineren Städten Stimmen. Daneben schaffte auch die *Samobrana*, die aus der bäuerlichen Protestbewegung hervorgegangen war, 2001 den Sprung ins Parlament. Sie trat für eine stärkere Unterstützung der polnischen Landwirtschaft, allgemein eine aktivere staatliche Wirtschaftspolitik und eine stärkere soziale Absicherung ein (Raciborski 2003: 219f.). Sie wurde eher von den etablierteren denn von den marginalisierten Bauern als wirksame Interessenvertretung wahrgenommen (Gorlach 2004: 70f.). Die Wahlen gewann 2001 jedoch die SLD (in einer Koalition mit der kleinen *Unia Pracy*) mit 41% der Stimmen.

Die Erwartung der SLD-WählerInnen dürfte eine gemäßigt liberale Regierungspolitik wie in den Jahren 1993-97 gewesen sein. Diese Erwartung sollte sich so nicht erfüllen. Die Durchdringung durch äußeres Kapital und der Druck der EU waren deutlich stärker, der Zwang, Legitimität in der Bevölkerung aufzubauen, schien der SLD-Führung geringer als 1993. Sie setzte daher die Wirtschafts- und Sozialpolitik ihrer Vorgängerregierung praktisch unverändert fort (Kośmicki 2006: 38). Auch in der Außenpolitik war die Kontinuität vorherrschend. Die SLD-UP/PSL-Regierung gehörte im Irak-Krieg zu den engsten Verbündeten der US-Regierung und sie vollzog den EU-Beitritt. In der Debatte um den EU-Verfassungsvertrag übernahm sie die Lesart der national-liberalen Kräfte. Diese wurde auf die Kurzformel „Nizza oder Tod“ gebracht. Die polnische Regierung versuchte – letztlich erfolglos – die Stimmengewichte des Nizza-Vertrages zu erhalten. Darüber hinaus ging es den Regierungen an der EU-Peripherie, als deren Sprachrohr die polnische Regierung auftrat, aber auch um die Bewahrung nationalstaatlicher Spielräume in der Fiskal- und Sozialpolitik, um über die Absenkung von Standards bei der Konkurrenz um ausländisches Kapital und in der Preiskonkurrenz besser mithalten zu können. In dieser Hinsicht waren sie erfolgreich (*Gazeta Wyborcza* 21.6.2004: 1, 5). Eine solche Haltung stand in voller Übereinstimmung mit der Strategie abhängiger Entwicklung.

Trotz zeitweilig hoher Wachstumsraten des BIP bewegte sich die Arbeitslosenrate während der zweiten SLD-Regierungszeit konstant um 19% (UNECE 2005: 68, Tab. A.10). Nur ein geringer Teil der Arbeitslosen hatte Anspruch auf Arbeitslosengeld (Gilejko 2005: 195). Auf dem Land bestand und besteht eine beträchtliche verdeckte Arbeitslosigkeit, ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe dient primär der Subsistenz (ibid. 200). Die sozialpolitischen Prioritäten der Lohnabhängigen spielten für die SLD keine Rolle. Stattdessen machte sie primär durch Affären von sich reden, die von den Massenmedien entsprechend ausgeschlachtet wurden. Sie verlor an Unterstützung in der Bevölkerung. Wie vier Jahre zuvor bei den Rechtsparteien führte der rapide Popularitätsverlust nun bei der SLD zu Absplungerserscheinungen.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung sah und sieht sich offenbar politisch nicht mehr repräsentiert. Trotz intensiver Propaganda erreichte die Beteiligung am Referendum über den EU-Beitritt nur mit Mühe 59% (Vachudova 2005: 239, Tab. 8.4.). An den Wahlen zum Europa-Parlament beteiligten sich im Jahr 2004 gerade einmal 20,8% der Wahlberechtigten (*Gazeta Wyborcza* 15.6.2004). Vor allem Personen mit niedrigem Ausbildungsstand, Arbeitslose und Frauen blieben bei den Wahlen zu Hause (Przybylsz 2004: 217). Damit standen die ärmeren Klassen – und die Frauen – eher am Rande des parteipolitischen Geschehens. Die Gewerkschaften sind sehr geschwächt. Nur einzelne Berufsgruppen, beispielsweise Bergarbeiter, sind in der Lage, ernsthaften Druck zu entfalten. Offener politischer Protest war nicht sehr stark und artikulierte

sich vor allem bei Angehörigen der Mittelklasse – gegen frauenfeindlichen katholischen Integralismus oder auch gegen das polnische Engagement im Irak-Krieg.

Slowakei

In der Slowakei kam es 1998 zu einer erfolgreichen Mobilisierung gegen die HZDS-geführte Regierung. Die Mobilisierung wurde stark von – extern finanzierten – NGOs getragen (Vachudova 2005: 173). Das autoritäre Gehabe des HZDS-Führers Vladimír Mečiar stieß jedoch große Bevölkerungsgruppen ab. Die EU schloss die nationalistisch regierte und dem Auslandskapital wenig aufgeschlossene Slowakei aus der ersten Runde der Erweiterungskandidaten aus und zog stattdessen das zwar ärmere, aber wirtschaftspolitisch modellhaft liberale Estland vor (Vachudova 2005: 172ff., 139, 156ff.). Die drohende Marginalisierung im Integrationsprozess spielte im Wahlkampf eine maßgebliche Rolle. Westorientierte Rechtsparteien und die aus der ehemaligen Staatspartei hervorgegangene SDL gingen 1998 wie schon kurzzeitig 1994 eine gegen die HZDS gerichtete Koalition ein. Ihr vorrangiges Ziel war die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der EU. Dies war auch der gemeinsame Nenner der heterogenen Regierung. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik gab es jedoch durchaus auch Dissens zwischen den Rechtsparteien auf der einen und der SDL auf der anderen Seite. Erstere drängten auf eine ultraliberale Privatisierungs- und Sozialpolitik. Hierbei suchten sie über die EU hinaus auch weitere externe Akteure, wie die Internationalen Finanzinstitutionen, ins Spiel zu bringen (Mihalik 2003: 373). Die SDL spielte dabei primär die Rolle des Bremsers. Eine aktiv gestaltende Rolle nahm sie kaum ein, denn es mangelte ihr an einem strategischen Konzept (Novosád 2004: 168f.). Die negativen sozialen Folgen der restriktiven Wirtschaftspolitik wurden daher auch ihr zugeschrieben. Sie verlor stark an Rück- und Zusammenhalt. Ein Spitzenpolitiker der SDL, Robert Fico, hatte die kommende Misere bereits früh gesehen und die SDL verlassen. Er gründete eine eigene Partei, *Smer*. *Smer* heißt Richtung. Doch die Ausrichtung der Partei war nicht sehr klar. In ihren Gründungsthesen erklärte *Smer* 1999 als ihr grundlegendes Ziel, „Ordnung, Gerechtigkeit und Stabilität“ zu schaffen (zit. n. Marušiak 2005: 165). Der Staat wurde als „ein bedeutsames Instrument bei der Verfolgung ... nationaler Interessen“ (zit. n. ibid.: 166) definiert. Zwei Jahre später wurde der „dritte Weg“ Blairs und Schröders als Vorbild genannt. Als akzentuiert progressive Kraft präsentierte sich *Smer* nicht gerade.

Doch vermochte sie anscheinend einen Teil früherer HZDS-WählerInnen an sich zu binden. Im Gegensatz zur SDL schaffte *Smer* 2002 mit 13,5% der Stimmen den Sprung ins Parlament (Mesežnikov 2003: 258). Dieser gelang knapp erstmals auch der Kommunistischen Partei KSS. Ab 2002 verfügte die liberale Rechte jedoch über eine Parlamentsmehrheit. Aufgrund von Abspal-

tungen, die ihren Grund primär in ökonomischen Revierkämpfen zu haben scheinen, ging diese zwar formal verloren, doch stimmte ein Teil der „unabhängigen“ Abgeordneten oft mit der Regierung. Die Gewinnung der „unabhängigen“ Abgeordneten erfolgte dem regierungsnahen Politikwissenschaftler Grgorij Mesežnikov (2006: 16) zufolge auf „nicht immer ausreichend klare“ Weise. Es gibt sogar stichhaltige Hinweise für den „Kauf“ von Abgeordneten (Sme 10.11.2005: 1). Trotz instabiler Mehrheitsverhältnisse war die neue slowakische Regierung in der Lage, nun eine radikal liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verfolgen und den Privatisierungsprozess zu beschleunigen. Entsprechend den lateinamerikanischen Vorbildern wurden sowohl die Rentenversicherung als auch das Gesundheitswesen kommerzialisiert. Die meisten Firmen gingen an ausländische Bieter, die zum Teil Konsortien mit einheimischen Finanzgruppen bildeten, die eng mit der Regierung verbunden waren. Es wurde mit einem einheitlichen Einkommens- und Mehrwertsteuersatz von 19% eines der regressivsten Steuersysteme in Europa etabliert und gleichzeitig die Sozialhilfe radikal zusammengestrichen. Während Gewerkschaften und etablierte Verbände politisch marginalisiert wurden, kamen mit der Regierung eng verbundene Firmengruppen und Think-Tanks voll zum Zuge. Die Politik-Konzepte wurden meist von jungen, ultraliberalen MitarbeiterInnen von (extern-finanzierten) Think-Tanks entworfen. Auch Internationale Finanzinstitutionen spielten eine wichtige Rolle bei der Konzipierung der Politiken (Mihaš 2003: 373). In vielen Fällen wurden die Politiken ohne große Debatte durchgepeitscht. Die Medien unterstützten im Regelfall – z.T. sogar kampagnenartig – die ultraliberalen Reformen.

Die Folgen der Politik waren jedoch nicht populär. Die Arbeitslosigkeit fiel – ähnlich wie in Polen – kaum. Sie bewegte sich zwischen 2001 und 2004 um 17-18% (UNECE 2005: 68, Tab. A.10) und ging auch 2005 nur auf 16,2% zurück. Die regionalen Unterschiede waren enorm. Betrug die Arbeitslosigkeit in der prosperierenden Hauptstadt Bratislava nur 5,2%, so waren es im Kreis Košice 24,7% (Okáli et al. 2006: 25f.). In einer Meinungsumfrage vom November 2003 erklärten 87% der Befragten, dass sich die Regierung nicht „um Probleme von Leuten wie mir kümmert“ (Velšić 2004: 145, Abb. 8). 65% konstatierten einen Fall des Lebensstandards in den letzten drei Jahren, 69% eine Verschlechterung der Gesundheitsdienste im selben Zeitraum (ibid.: 146, Abb. 9).

Weder die sich nun stärker sozialdemokratisch gebende *Smer* (Marušiak 2005: 168ff.) noch die kommunistische KSS vermochten der sozialen Unzufriedenheit aber einen politisch nachhaltigen Ausdruck zu verleihen. Ähnlich wie in Polen drückte sich die Krise der Repräsentanz in sehr niedriger Wahlbeteiligung aus. Auch in der Slowakei nahmen nur 52% am Referendum über den EU-Beitritt teil (Vachudova 2005: 238, Tab. 8.4). An den Wahlen zum Europaparlament beteiligten sich im Jahr 2004 nur 17% der Wahlberechtigten, was europäischer Negativrekord war (*Pravda*, 15.4.2006). Ähnlich sah es bei den

Regionalwahlen im Jahr 2005 aus. In der ersten Runde beteiligten sich 18%, in der zweiten 11,1% (Krivý 2005: 140, Tab. 25). Besonders niedrig war die Beteiligung in den früheren HZDS-Hochburgen, in denen so die HZDS für ihre Annäherung an die Regierung abgestraft wurde.

Punktuell drückte sich die Unzufriedenheit in offenem Protest aus. Im Februar 2004 löste die rabiante Kürzung der Sozialhilfeausgaben Proteste und vereinzelt auch Plünderungen seitens der verarmten Roma aus. Die Regierung schickte das Militär in die betroffene Region. Es kam auch zu vereinzelt Streiks – bei der Bahn, im Gesundheitswesen –, auf welche die Regierung ziemlich repressiv reagierte. Selbst die Polizei ging wegen ihrer materiellen Lage auf die Straße. Nachdem sich das Bildungsministerium unfähig zeigte, einen regulären Ablauf der Abiturprüfung zu gewährleisten, demonstrierten SchülerInnen im ganzen Land. Doch fehlte diesen Protesten ein politischer Resonanzboden.

Tschechische Republik

In der Tschechischen Republik war die Finanzkrise von 1997 ein Wendepunkt. Sie legte die Schwäche des staatlichen Bankensektors offen. Dieser konnte nicht weiter – in der bisherigen Form – als zentrale Stütze für die Förderung des einheimischen Kapitals dienen. Damit verlor die Wirtschaftsstrategie der nationalliberalen ODS einen zentralen Pfeiler. Zudem war die Finanzkrise mit einer Rezession verbunden. Dies hatte Konsequenzen für das Wahlverhalten. Bereits 1996 erhielten die liberalen Rechtsparteien nicht mehr genug Stimmen, um eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden. Die Regierung hielt keine zwei Jahre. 1998 ging die sozialdemokratisch orientierte ČSSD mit 32,3% erstmals als stärkste Partei aus den Wahlen hervor (Mareš 2002: 133). Da die Kommunistische Partei mit ihren 11,3% der Stimmen (ibid.: 131) von den anderen Parteien als nicht koalitionswürdig angesehen wurde, war die Regierungsbildung erneut sehr kompliziert. Letztlich wurde – auf Basis eines sogenannten „Oppositionsabkommens“ – eine ČSSD-Minderheitsregierung von der ODS toleriert. Diese Tolerierung kostete sowohl die ČSSD als auch die ODS bei den Wahlen von 2002 einige Prozentpunkte. Deutlich gestärkt ging die Kommunistische Partei mit 18,5% aus diesen Wahlen hervor (ibid.: 131), die offensichtlich ein Protestpotential an sich binden konnte. 2002 bildete die ČSSD die Regierung mit zwei kleineren liberalen bzw. konservativen Gruppierungen.

Die Regierungszeit der Sozialdemokratie war durch zwei Prioritäten gekennzeichnet: den EU-Beitritt und die Erhaltung des Sozialversicherungssystems. Die Vorbereitung auf den EU-Beitritt implizierte auch in der Tschechischen Republik eine Beschleunigung der Privatisierung. Der Versuch, über den staatlichen Bankensektor systematisch das einheimische Kapital zu fördern, wurde aufgegeben. Waren 1993 4,7% und 1997 23,7% der Bankaktiva in der Hand

von Banken mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung, so stieg dieser Anteil bis zum Jahr 2000 auf 66,5% (Keren/Ofer 2003: 258, Tab. 11.1). Damit wurde ein Kernelement staatlicher Lenkungs politik aus der Hand gegeben. Für die Sozialdemokratie war ironischerweise die Privatisierung der Banken sogar einfacher als es für die ODS gewesen wäre, da es nicht um ihre ökonomische Klientel ging. Auslandskapital wurde auch in der Tschechischen Republik zunehmend zum Kern des produktiven Gewerbes, wenngleich im Kontext einer relativ diversifizierten Wirtschaftsstruktur und mit einem relevanten Niveau eigener Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Im Gegensatz zur Tendenz in Polen und der Slowakei stärkten die ČSSD-Regierungen die gesamtwirtschaftliche Konzertierung mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden (Mansfeldová 2005: 111, 115). Man könnte von einem informellen Wettbewerbsneokorporatismus sprechen. Den Sozialstaat stellte die Sozialdemokratie – angesichts der Konkurrenz der Kommunistischen Partei – nicht zur Disposition. Nachdem sie durch die undurchsichtigen privaten Geschäftsbeziehungen ihres damaligen Vorsitzenden Stanislav Gross ins Trudeln geraten war, stärkte die ČSSD gegen Ende ihrer zweiten Amtszeit unter ihrem neuen Vorsitzenden Jiří Paroubek ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften und ihr sozialpolitisches Profil. Hierbei öffnete sie sich ein Stück weit zur Kommunistischen Partei, die so den Status eines möglichen künftigen Partners erhielt. „Im schroffen Gegensatz zum Trend beinahe aller Reformstaaten Mittelosteuropas hat die CSSD für Tschechien ein verschärftes Arbeitsrecht (zugunsten der Beschäftigten, JB) durchgesetzt, gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien, aber mit denen der Kommunisten“, hebt Leidenfrost (2006: 2) hervor. Damit hat die ČSSD den Gegensatz zwischen links und rechts zur zentralen politischen Konfliktlinie gemacht.

Auf diesem Terrain suchte sie auch die Auseinandersetzung mit der ODS als Hauptoppositionskraft, die ein explizit wirtschaftsliberales Programm vertritt. Die nationalistische Komponente ist bei der ODS nicht verschwunden, hat aber eine neue Wendung erhalten. Die ODS ist zur intellektuellen Hauptkraft des „euroskeptischen“ oder, wie sie in ihrer eigenen Einschätzung meint, „eurorealistischen“ Lagers geworden. Zunächst einmal kritisiert sie die supranationalen Elemente der europäischen Integration. Nur im Fall einer intergouvernementalen Ordnung und unter Wahrung der nationalen Souveränität sieht sie klare, demokratisch legitimierte Verantwortlichkeiten gewahrt (Zahradil et al. 2001). Sie greift damit die Demokratiedefizite der EU auf, gibt dieser Kritik aber eine nationale Wendung. Mit der Ablehnung des partiell supranationalen Charakters der EU lehnt die ODS auch die Vorstellung eines gegenüber den USA autonomen Projektes ab. Folgerichtig ist eine starke Affinität zu den USA und ihrem Gesellschaftsmodell erkennbar; von Theoretikern in diesem Umfeld wird die Bildung einer euro-nordamerikanischen Freihandelszone befürwortet (Bednář 2003: 147ff.). Nationale Autonomie wünscht die ODS vor

allem bei Steuern und Sozialabgaben (Petřík 2003: 20), damit die nationale Wettbewerbsgemeinschaft im preislichen Wettbewerb bestehen kann. Damit ist der Nationalismus nicht auf die Bildung einer „inneren Bourgeoisie“, sondern auf die Stärkung „nationaler“ Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Kapitalgruppen ausgerichtet.

In allen drei Ländern ist in der zweiten Transformationsphase unter verstärktem Einfluss der EU eine Vertiefung der wirtschaftlichen Außenabhängigkeit festzustellen. Während die Regierungen in Polen und der Slowakei allein auf eine Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit setzten, suchten die sozialdemokratisch geführten Regierungen in der Tschechischen Republik nach wie vor eine politische Konzertierung und eine gesellschaftliche Akzeptanz bei den Lohnabhängigen. Im Gegensatz zu den Regierungen Polens und der Slowakei kommerzialisierten sie die Sozialversicherung nicht im großen Maßstab. Dies schlug sich auch in der sozialen Lage nieder. Im Jahr 2003 wies laut Eurostat die Tschechische Republik in der EU mit 8% die niedrigste Armutsgefährdungsrate auf, die Slowakei mit 21% hingegen die höchste. In Polen lag sie bei 17% (Guio 2005: 2, 4). Auch die regionale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit waren in Polen und der Slowakei ungleich höher als in der Tschechischen Republik. Soziale Unsicherheit war damit in der Slowakei und Polen ungleich stärker ausgeprägt. In beiden Ländern hatten die postkommunistischen Partei mehr oder weniger starken Anteil an der radikalen Transformationsstrategie und diskreditierten sich in den Augen der subalternen Klassen. Während in Polen parteipolitisch keine Alternative zur SLD auf der Linken entstand, bildete sich in der Slowakei mit *Smer* eine Partei heraus, die zwar Anleihen bei der Sozialdemokratie machte, um WählerInnen aber primär mit der früher nationalkonservativen, nunmehr aber eher nationalliberalen HZDS konkurrierte. Hierbei begab sie sich auch ein ganzes Stück auf nationalkonservatives Terrain. Sowohl in der Slowakei als auch in Polen gab es deutliche Hinweise auf eine politische Resignation großer Segmente der subalternen Klassen. In der Tschechischen Republik musste die ČSSD hingegen mit der KSČM konkurrieren und setzte hierbei auf die sozialpolitische Karte. Damit blieben hier zwei wichtige Parlamentsparteien explizit auf die Lohnabhängigen ausgerichtet und es entstand eine politische Polarisierung zwischen Links und Rechts.

3. Regierungsbildung nach dem EU-Beitritt

Nach dem EU-Beitritt waren die zentralosteuropäischen Staaten zwar in den wirtschaftspolitisch konditionierenden Rahmen der EU-Verträge eingebunden, gleichzeitig schwand jedoch der EU-Einfluss auf die Regierungsbildung. Konnte die EU die Slowakei 1997 noch aus der ersten Kandidatenrunde wegen po-

litischer Missliebigkeit der HZDS-geführten Regierung ausschließen, so hat sie nach dem Beitritt wenig Handhabe gegen unerwünschte Regierungsparteien auf nationalstaatlicher Ebene. Die improvisierten Sanktionen gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich und deren recht baldige Aufhebung, zeigten die Grenzen der EU bei den Regierungsbildungen auf.

Dies öffnete das Feld der möglichen Regierungspartner - und zwar vor allem nach rechts, wie sich in Polen und der Slowakei zeigen sollte. In Polen hatte sich die SLD soweit diskreditiert, dass sie im Wahlkampf keine große Rolle mehr spielte. Ihr Präsidentschaftskandidat Włodzimierz Cimoszewicz warf angesichts des aggressiven und skandalisierenden Wahlkampfes der Rechten vorzeitig das Handtuch. Damit spitzte sich die Wahlauseinandersetzung auf das Duell der nationalliberalen PO und der nationalkonservativen PiS sowie ihrer Präsidentschaftskandidaten Donald Tusk und Lech Kaczyński zu. PiS führte das „solidarische“ gegen das „liberale“ Polen ins Feld. Als Symbol des liberalen Polen attackierte PiS den bei weiten Bevölkerungskreisen höchst unpopulären Architekten der Schocktherapie zu Beginn der Transformation und heutigen Zentralbankpräsidenten Leszek Balcerowicz. Die Idee eines „solidarischen“ Polen blieb vage. So erklärte Lech Kaczyński in einem Interview mit der *Polityka* vom 29.10.2005, „dass der Staat bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Bürgern hat. Er ist verpflichtet, die gesellschaftliche Solidarität zu organisieren, was Privatinitiative nicht ausschließt“ (Kaczyński 2005: 24). Dies ist eher ein republikanischer denn ein liberaler Diskurs. Im selben Interview befürwortete Kaczyński (2005: 24ff.) eine aktivierende staatliche Wirtschaftspolitik. Der Glaube der Liberalen, dass die Investitionen wüchsen, wenn nur die Steuern gesenkt würden, sei nicht ganz zutreffend. Damit grenzte er sich von der Vorstellung von Steuersenkungen und einem einheitlichen Einkommenssteuersatz, dem Wahlkampfschlager der liberalen PO, ab. Auch eine Begrenzung der „Unabhängigkeit“ der Zentralbank hielt er für notwendig (Graczyk 2005: 5). Des weiteren plädierte die PiS für eine moralische Erneuerung in Form einer „IV. Republik“, die sich von den Kompromissen des „Runden Tisches“ löst, eine rigorose anti-kommunistische Durchleuchtung der Gesellschaft vornimmt und Recht und Ordnung in den Vordergrund stellt. Zu den tragenden Pfeilern der Gesellschaft zählt PiS die „traditionelle“, d.h. patriarchalische Familie. Diese sieht sie u.a. durch Homosexualität bedroht. Öffentliche Manifestationen von Homosexuellen wurden durch Lech Kaczyński in seiner Zeit als Bürgermeister von Warschau verboten (Graczyk 2005: 5). Der Staat, so die PiS-Rhetorik, solle stark nach innen und nach außen sein. Einige dieser Themen fanden sich auch bei der katholisch-integralistischen Liga *Polskich Rodzin* (LPR) und - mit stärkerem Akzent auf sozialpolitischen Fragen - bei der *Samoobrona* wieder.

Mit dieser Ausrichtung vermochte PiS gegen die liberale PO zu punkten. Bei den Parlamentswahlen im September 2005 gewann sie 27% der Stimmen, ge-

genüber 24% für PO. 11,4% stimmten für die *Samoobrana*, 11,3% für die SLD, 7,8% für die LPR und 7% für die bäuerliche PSL (*Gazeta Wyborcza*, 29.9.2005). Auch in den Präsidentschaftswahlen setzte sich der PiS-Kandidat Lech Kaczyński mit 54% der Stimmen gegen den liberalen Kandidaten Tusk durch. Die Wahlbeteiligung betrug nur 51% (*Gazeta Wyborcza* 25.10.2005). Bei den Parlamentswahlen lag sie sogar bei nur 40,2% (Cieśla/Rybak 2005: 4). Zu den Wahlen gingen auch diesmal am ehesten besser gebildete und wohlhabendere Personen und dies vor allem in Gegenden mit relativ stärkeren zivilgesellschaftlichen Traditionen (Mateja 2005: 5). Dieses Muster begünstigte sogar eher die liberale PO. Doch reicht das Unbehagen mit den Folgen der Transformation und die soziale Unsicherheit bis weit in die Mittelklasse. Die SLD hatte selbst eine liberale Wirtschaftspolitik betrieben und konnte daher das Unbehagen nicht thematisieren. Kleine linke Parteien, wie die *Polska Partia Pracy*, vermochten es nicht, sich Gehör zu verschaffen (Janicki/Władyka 2005: 7). Das bis in die Mittelklasse reichende Unbehagen griffen von den größeren Parteien allein PiS und die *Samoobrana* mit einem konservativ geprägtem Diskurs auf und erreichten ein recht gutes Wahlergebnis. Die PiS schnitt speziell in ländlich geprägten Gegenden und im ärmeren Osten des Landes gut ab (*Gazeta Wyborcza* 29.9.2005 & 24.10.2005).

Entgegen den Erwartungen ging PiS keine Koalition mit der PO ein, sondern bildete zunächst eine Minderheitsregierung, suchte dann ein Tolerierungsabkommen mit den kleineren Parteien und formierte schließlich eine Koalitionsregierung mit *Samoobrana* und LPR, mit denen sie eine ähnliche soziale Basis teilt. Bislang sind nur Teilelemente einer wirtschaftspolitischen Konzeption erkennbar. So versucht die Regierung in Teilbereichen einen direkteren Zugriff auf wirtschaftspolitische Entscheidungsinstanzen, vor allem in der Geldpolitik, zu erlangen. Der Zentralbank soll die Bankenaufsicht entzogen werden, was heftige Proteste der EZB auslöste (*FAZ* 13.3.2006: 13). Auch die Vorstellungen von *Samoobrana*, die Zentralbank nicht nur auf Geldwertstabilität, sondern auch auf das Wirtschaftswachstum zu verpflichten, entspricht nicht dem EU-Trend (*Rzeczpospolita*, 4.-5.3.2006: 3). Die programmatische Ausrichtung auf eine stärkere Förderung der einheimischen Wirtschaft, Beibehaltung staatlichen Eigentums an strategischen Unternehmen (sofern es noch existiert) und kritischere Haltung gegenüber dem Auslandskapital könnte zu Reibungspunkten mit der EU führen. Insgesamt ist aber die Veränderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung bestenfalls als graduell anzusehen. Deutlich ist die national-katholische Handschrift hingegen beim Geschlechterverhältnis zu sehen. Institutionell werden die ohnehin nicht starken Bemühungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern zurückgeschraubt. Regierungsmitglieder manifestieren offen ihre Homophobie. Das gilt speziell für den neuen Bildungsminister Roman Giertych von der LPR, gegen den es im ganzen Land SchülerInnen Demonstrationen gab. Die parteipolitische Opposition von PO und SLD zeigt sich hilflos.

In der Slowakei war der Wahlkampf durch die Auseinandersetzung um die ultraliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik geprägt. Die SDKÚ von Premier Miklulaš Dzurinda vertrat diese im Regierungslager auch im Wahlkampf am offensivsten und stellte die Slowakei als Musterland der Reformen dar. *Smer* als Oppositionspartei kritisierte den unsozialen Charakter der Reformen und verwies auf die sozialdemokratisch geprägte Politik in der benachbarten Tschechischen Republik als Alternative. Bei der Frage, inwieweit Maßnahmen der Regierung zurückgenommen würden, war die Antwort verhalten. Die Rhetorik von Recht und Ordnung der Anfangsjahre von *Smer* wurde zwar abgeschwächt, war den WählerInnen aber durchaus noch in Erinnerung. Nur in Bezug zu den weit rechts stehenden Regierungsparteien konnte *Smer*, so Michal Polák (2006), als „links“ bezeichnet werden. Um unzufriedene WählerInnen konkurrierte *Smer* in erster Linie mit der ursprünglich nationalkonservativen HZDS, die sich in den letzten Jahren an das Regierungslager angenähert hatte und nunmehr primär Anliegen kleiner und mittlerer Unternehmer transportierte.

Tatsächlich wurde *Smer* bei den Wahlen im Juni 2006 mit 29,1% der Stimmen die stärkste Partei und beerbte die HZDS, die auf nurmehr 8,8% der Stimmen abstürzte. Die rechtsextreme, gegen die ungarische Minderheit agitierende SNS kehrte nach Überwindung ihrer Spaltung mit 11,7% der Stimmen ins Parlament zurück, während die Kommunistische Partei nach wenig inspirierender Parlamentstätigkeit und Abspaltungen den Sprung ins Parlament nicht schaffte. Damit ist *Smer* die am wenigsten rechts stehende Parlamentspartei. Ähnlich wie PiS in Polen verdankte *Smer* den Wahlerfolg den hohen Stimmenanteilen in den ärmeren Regionen des Landes. Die SDKÚ, die landesweit auf 18,4% der Stimmen kam, punktete vor allem im prosperierenden Bratislava (*Pravda*, 19.6.2006). Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung sieht sich allerdings offenbar von keiner der Parteien vertreten. Die Wahlbeteiligung ging von 70,1% auf 54,7% zurück (*Pravda*, 19.6.2006).

Smer sprach zwar nach den Wahlen auch mit bisherigen Regierungsparteien, ging dann aber recht schnell eine Koalition mit HZDS und SNS ein. In den eher „nationalkonservativen“ Elementen des *Smer*-Diskurses, die mal stärker und mal schwächer akzentuiert waren, bestand die Brücke zu den beiden Rechtsparteien. Bezugspunkt der Koalition ist eher die verunsicherte Mittelklasse als die Lohnabhängigen (Marušiak 2006: 5). Die Korrekturen bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik dürften nach den ersten Ankündigungen eher bescheiden ausfallen. Deutlicher ist die Veränderung in der Außenpolitik: Die slowakischen Soldaten werden aus dem Irak abgezogen.

In der Tschechischen Republik war die Wahlkampf von einer klaren Polarisierung zwischen rechts und links bestimmt. Die politische Polarisierung führte – im Gegensatz zu Polen und der Slowakei – zu einer von 58% auf 64% steigenden Wahlbeteiligung (Pečinka 2006: 10). Die Sozialdemokratie stellte – glaubhaft – die Verteidigung des Sozialstaates in den Vordergrund ihrer Kam-

pagne und vermochte so auch neue WählerInnen zu mobilisieren (ibid: 11), so dass sie auf 32,3% der Stimmen kam. Ein Teil ihrer WählerInnen kam von der Kommunistischen Partei, die an Stimmen einbüßte und nurmehr einen Stimmanteil von 12,8% (*MF Dnes*, 5.6.2006: 1) erreichte. Der zweite Auseinandersetzungspunkt waren politische Affären, welche die ODS zu einem wichtigen Wahlkampfeschlager zu machen versuchte. Zum Teil profitierten die Grünen von der Affären-Belastung der Sozialdemokratie. Diese heterogene Formation zog erstmals ins Parlament ein und schlug sich dort auf die Seite der liberalen Rechten. Beide Blöcke erzielten ähnlich viele Stimmen und gewannen die selbe Zahl an Parlamentssitzen, so dass es derzeit ein Patt gibt. Ob ČSSD und KSCM in der Tschechischen Republik einen Abbau der Sozialstaatlichkeit und ein regressiveres Steuersystem werden verhindern können, ist noch nicht absehbar. Immerhin hat die Konkurrenz unter den beiden linken Parteien in der Tschechischen Republik dazu geführt, dass zumindest gewerkschaftliche und sozialpolitische Interessen der Lohnabhängigen eine politische Berücksichtigung durch die ČSSD geführten Regierungen gefunden haben und die soziale Unsicherheit auf einem relativ geringen Niveau gehalten wurde. In Polen und der Slowakei haben sich die postkommunistischen Parteien in der heißen Beitrittsvorbereitungsphase stark in die liberale Transformationspolitik einbinden lassen und dadurch an Rückhalt unter den Lohnabhängigen eingebüßt. Ohne ernsthafte linke Konkurrenz ist die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage in Polen und der Slowakei primär von nationalkonservativen oder zumindest sozial konservativ und nationalistisch geprägten Kräften aufgegriffen worden. Ihre Korrekturen an der liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind begrenzt. Insofern befinden sie sich – bei aller verbalen Abgrenzung vom Liberalismus – auf liberalem Terrain. Sie stehen dem Klein- und Mittelkapital etwas näher als die bisherigen Regierungen. In Polen hat die PiS Vorstellungen von einem aktivierenden Entwicklungsstaat. Eine grundlegende Korrektur der sozialen Lage und Unsicherheit ist von ihnen nicht zu erwarten. Eher dürften sie Unsicherheit mit repressiven Methoden und normalisierendem Druck auf – sexuelle oder ethnische – Minderheiten begegnen.

Literatur

- Becker, Joachim (2004): EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie?, in: *Kurswechsel*, Nr. 1, 7-16
- Bednář, Miroslav (2003): *Evropské tyranie. Česká statné idea, Evropské unie a demokratická civilizace*. Prag
- Blažek, Petr, Hg. (2005): *Opozice a odpor proti komunistickému režimu v Československu 1968-1989*. Prag
- Bohle, Dorothee (2002): *Europas neue Peripherie. Polens Transformation und transnationale Integration*. Münster
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt/M.
- Cieśla, Joanna/Rybak, Agnieszka (2005): Dwie polskie ściany, in: *Polityka*, Nr. 39, 1.10, 4-5
- Dančák, Břetislav (2002): Republika Polsko. In: Fiala, Petr et al. (Hg.): *Politické strany ve střední*

- a východní Evropě. *Ideově-politický profil, pozice a role politických stran v postkomunistických zemích*. Brno, 285-314
- Dědek, Oldřich et al. (1997): *Ekonomické aspekty zániku Československa. Příklad kulturního rozchodu národů*. Prag
- Gorlach, Krzysztof (2004): Koniec chłopów, in: Domański, Henryk et al. (Hg.): *Niepokoje Polskie*. Warschau, 53-74
- Graczyk, Roman (2005): Síla odpornosti, in: *Tygodnik Powszechny*, Nr. 41, 9.10., 5
- Hloušek, Vit./Kropeček, Lubomír, Hg., (2002): *Rudí a růžoví. Transformace komunistických stran*. Brno
- Fiala, Petr et al. (1999): *Komunismus v České republice. Výjové, systémové a ideové aspekty působení KSČM a dalších komunistických organizací v české politice*. Brno
- Gilejko, Leszek K. (2005): Przegana większość. Robotnicy i chłopci, in: Jarosz, Maria (Hg.): *Polska. Ale jaka?* Warschau, 185-209
- Giuo, Anne-Catherine (2005): Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in EU-25, in: *Statistik kurz gefasst – Bevölkerung und soziale Bedingungen*, Nr. 13
- Holubec, Stanislav (2006): Ideologie: co vyznáváme, co potřebujeme, in *Listy*, vol 36, Nr. 3, 16-22
- Janicki, Mariusz/Władysław, Wiesław (2005): Mniejszość wybrała większość, in: *Polityka*, Nr. 39, 1.10, 5-6
- Kaczyński, Lech (2005): Nie jestem populistą, in: *Polityka*, Nr. 43, 29.10, 24-26
- Keren, Michael/Ofer, Gur (2003): Globalization and the Role of Foreign Banks in Economies of Transition, in: Kołodko, Gregorz (Hg.): *Emerging Market Economies. Globalization and Development*. Aldershot, 237-265
- Kośmicki, Eugeniusz (2006): Przebieg i efekty zmian ustrojowych w Polsce., in: *Dziś*, Nr. 6, 33-40
- Krasnodębski, Zdzisław (2005, 2. Aufl.): *Demokracja peryferii*. Gdańsk
- Krivý, Vladimír (2005): Výsledky regionálních volieb 2005, in: Mesežnikov, Grigorij (Hg.): *Regionálne voľby 2005. Súvislosti a výsledky*. Bratislava, 107-182
- Kyloušek, Jakub (2005): Proměna sociálně demokratických stran ve střední Evropě v perspektivě jejich dalšího vyvoje, in: O. Hg.: *Bludné cesty sociální demokracie. Studie, rozhovory, názory*. Prag, 209-228
- Leidenfrost, Martin (2006): Die Notizbücher des Herrn P., in: *Freitag*, 2.6., 2
- Leszczyński, Adam (2005): Światła wielkiego miasta, in: *Krytyka polityczna*, Nr. 9/10, 77-87
- Machonin, Pavel et al. (1996): *Strategie sociální transformace české společnosti a její úspěšnost v parlamentních volbach*. Brno
- Madera, Andrzej (2003): Unia Europejska jako Europa Ojczyzn w retoryce Akcji Wyborczej Solidarność, in: Juchnowsky, Jerzy/Tomaszewsky, Janusz (Hg.): *Europa i integracja europejska w polskiej myśli politycznej XX wieku*. Wrocław, 172-192
- Mannsfeldová, Zdenka (2005): Sociální dialog a jeho budoucnost, in: Mannsfeldová, Zdenka/Kroupa, Aleš (Hg.): *Participace a zájmové organizace v České republice*. Prag, 105-128
- Mareš, Miroslav (2002): Česká republika. In: Fiala, Petr et al.: *Politické strany ve střední a východní Evropě. Ideově-politický profil, pozice a role politických stran ve postkomunistických zemích*. Brno, 121-153
- Mareš, Petr (2005): Reformists versus Dogmatists. The Analysis of the Internal Party Conflict inside the KSČM. In: Kopeček, Lubomír (Hg.): *Trajectories of the Left. Social Democratic and (Ex)Communist Parties in Contemporary Europe: Between Past and Future*. Brno, 130-139
- Marušiak, Juraj (2005): Smer – From Pragmatism to Social Democracy? Seeking Identity, in: Kopeček, Lubomír (Hg.): *Trajectories of the Left. Social Democratic and (Ex)Communist Parties in Contemporary Europe: Between Past and Future*. Brno, 165-177
- Marušiak, Juraj (2006): Smer premhral šancu už na samom začiatku. In: *Pravda*, 1.7, 15
- Mateja, Anna (2005): Daleko od urny, in: *Tygodnik Powszechny*, Nr. 45, 9.11., 5
- Méchyř, Jan (1999): *Velký převrat či snad revoluce samotová?* Prag
- Mertlík, Pavel (1999): The Emerging Ownership Structure in Central and Eastern Europe, in: Potůček, Martin (Hg.): *Česká společnost na konci tisícletí I*. Prag, 197-209
- Mesežnikov, Grigorij (2006): Predseda vlády SR, in: Kollár, Miroslav/Bútora, Martin (Hg.): *Pred-savzatia a skutočnosť II. Hodnotenia plnenia prgramového vyhlásenia druhej vlády Mikuláša Džrindu*. Bratislava, 11-18
- Mesežnikov, Grigorij et al. (2003): *Slovenské voľby '02. Výsledky, dôsledky, súvislosti*. Bratislava

- Michnik, Adam (2005): *Wściciekłość i wstyd*. Warschau
- Mihalik, Jozef (2003): *Medzinárodná komparácia sociálno-ekonomického rozvoja a konvergencia SR s EU*. Bratislava
- Morvaj, Karol et al. (2005): *Transformácia ekonomiky: Skúsenosť Slovenska*. Bratislava
- Novosád, František (2004): *Alchýmia dejín. Slovensko v dobe neurčitosti*. Bratislava
- Okáli, Ivan et al. (2006): *Hospodársky vývoj Slovenska v roku 2005*. Bratislava
- Ost, David (2005): *The Defeat of Solidarity. Anger and Protest in Postcommunist Europe*. Ithaca
- Pečinka, Bohumil (2006): Poznámky k volbám, in: *revuepolitika*, Nr. 5, 10-11
- Petrík, Jaroslav (2003) Postoj politických strán k EU v e volební kampani 2002 – Česká republika, in: Šedo, Jakub (Hg.): *Evropská otázka ve volebních kampaních*. Brno, 11-37
- Polák, Michal (2004), Slovakia: From „National Capitalism“ to EU Liberalism (and Beyond?), in: *Kurswechsel*, Nr. 1, 70-78
- Polák, Michal (2006): Odkliat' skamenenú krajinu, in: *Slovo*, Nr. 24, 14.6. (www.noveslovo.sk/clanoktlac.asp?id=14216, abgerufen 22.7.2006)
- Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Spanien, Griechenland*. Frankfurt/M.
- Przybysz, Dariusz (2004): Dlaczego Polacy nie głosują? Analiza przyczyn bierności wyborczej, in: Domański, Henryk et al. (Hg.): *Niepokoje Polskie*. Warschau, 191-223
- Raciborski, Jacek (2003): Wybory i wyborci, in: Wiatr, Jerzy J. et al. (Hg.): *Demokracja Polska 1989-2003*. Warschau, 203-240
- Rupnik, Jacques (2002): *Dějiny Komunistické strany Československa. Od počátků do převzetí moci*. Prag
- Rymsza, Marek (2002): Ubezpieczenie emerytalne w zreformowanym systemie ubezpieczeń społecznych w Polsce, in: Kowalik, Tadeusz (Hg.): *Nierówni i równiejsi*. Warschau, 254-289
- Schneider, Jiří (2003): *Think-Tanky ve visegradských zemích. Analýza politiky a obhajoba zájmu*. Brno
- Skórzyński, Jan (2005): *Od Solidarności do wolności*. Warschau
- Srb, Vladimír/Veselý, Tomáš (2004): *Rozdělení Československa. Nejvyšší představitelé HZDS a ODS v procesu rozdělování ČSFR: Československé soužití v letech 1989-1993*. Bratislava
- Śpiewak, Paweł (2005): *Pamięć po komunizmie*. Gdańsk
- UNECE (2005): *Economic Survey of Europe*, No. 2
- Vachudova, Milada Anna (2005): *Europe Undivided. Democracy, Leverage, and Integration after Communism*. Oxford
- Veľšic, Marián (2004): Povolebný vývoj a reformy, in: Mesežnikov, Grigorij/Gyárfašová, Ol'ga (Hg.): *Slovensko: desať rokov samostatnosti a rok reforiem*. Bratislava, 133-148
- Zahrádil, Jan et al. (2001): Manifest českého eurorealismu, in: *OS*, Nr. 12, 45-48
- Žiak, Miloš (1998): *Slovensko medzi napredovaním a úpadkom*. O.O. (Bratislava)

Tageszeitungen:

- Frankfurter Allgemeine Zeitung
Gazeta Wyborcza (www.gazeta.pl)
MF Dnes
Pravda (www.pravda.sk)
Rzeczpospolita
Sme